



Editorial

Es braucht eine starke Energiepolitik

Der schreckliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Österreich in eine Energiekrise katapultiert. Wir haben es bisher – und das bleibt hoffentlich auch so – nicht mit einer Versorgungskrise zu tun, aber jedenfalls mit einer Krise der aktuellen Energiepolitik. Das so oft postulierte energiepolitische Zieldreieck der Europäischen Kommission ist in den letzten Jahren offenbar in Vergessenheit geraten: Dekarbonisierung, Versorgungssicherheit und Leistbarkeit. Klar ist, dass wir alles daran setzen müssen, die Dekarbonisierung des gesamten Energiesystems schneller als bisher voranzutreiben. Die Aspekte Versorgungssicherheit und Leistbarkeit sind vernachlässigt worden – das macht sich nun bemerkbar. Die Krise muss genutzt werden, das Energiesystem in den nächsten Monaten und Jahren resilienter zu gestalten.

Dafür braucht es eine massive Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbaren Energien. Zwar hat die Bundesregierung erst am 19. März zusätzlich 250 Millionen Euro für den Ausbau von Wind und Photovoltaik angekündigt. Das Problem liegt jedoch jenseits der Finanzierung, nämlich vielmehr an dem fehlenden Rechtsrahmen und an den viel zu lange dauernden Genehmigungsverfahren. Obwohl das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz im Juli 2021 beschlossen wurde, fehlen nach wie vor die Umsetzungsverordnungen, um das Gesetz zu operationalisieren. Auch ein bereits vor zwei Jahren diskutierter Rechtsrahmen für die Erzeugung von grünem Gas ist ausständig ebenso wie die Wasserstoffstrategie. Die angezogene Handbremse bei den erneuerbaren Energien muss angesichts der jetzigen Situation noch dringlicher gelöst werden – vor allem, weil damit alle drei oben genannten Energieziele unterstützt werden.

Klar ist zudem: Trotz aller Anstrengungen in Richtung Dekarbonisierung können wir die Versorgungssicherheit derzeit allein mit erneuerbaren Energien nicht aufrechterhalten. Nur rund 33 Prozent des Inlandsverbrauchs stammen aus erneuerbaren Energien. 23 Prozent entfallen auf Erdgas, wovon rund 17 Prozent in die Haushalte gehen, rund 40 Prozent in die Industrie. Auch Fernwärme ist zu 36 Prozent von Erdgas abhängig. Die Stromerzeugung basiert zu 16 Prozent auf Erdgas und braucht dieses unbedingt zur Aufrechterhaltung der Strom-Versorgungssicherheit, vor allem bei zeitgleicher Dunkelheit und Windstille und damit geringen Erträgen aus Solar- und Windenergie. Erdgas wird vor allem am Anfang der Lieferketten eingesetzt. Gäbe es hier einen Ausfall, käme es zu Dominoeffekten in vielen anderen Wirtschaftsbereichen.

Die Versorgungssicherheit muss jetzt sichergestellt sein. Die aktuell unsichere Situation mit den Lieferungen aus Russland einerseits und die zukünftige Erwartung, dass Erdgas aufgrund des Ziels der Klimaneutralität keine Rolle mehr spielen andererseits, haben dazu geführt, dass eine Diskussion über eine Diversifizierung von Gasquellen, wie sie in der Vergangenheit intensiv geführt wurde, fast gänzlich verschwunden ist. Wir brauchen strategische internationale Energiepartnerschaften. Auch wenn sich die Abhängigkeit von Russland nicht in wenigen Monaten wettmachen lässt, braucht es neben einer strategischen Speicherreserve für Gas auch die kurz- bis mittelfristige Beschaffung von Gas. Kurzfristig werden wir weiterhin Erdgas importieren müssen, mittelfristig wird es vor allem klimaneutraler Wasserstoff sein.

Auch das Thema Leistbarkeit wird – für die Betriebe wie für die privaten Haushalte – ein Dauerbrenner bleiben. Das Institut EcoAustria hat vor kurzem dargelegt, dass die Erdgaspreise in Europa zehn Mal höher sind als in den USA. Das hat massive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Betriebe. Hier muss dringend gehandelt werden, da davon auszugehen ist, dass die Preise bis mindestens Ende 2022 auf sehr hohem Niveau bleiben. Die Dekarbonisierung, Leistbarkeit als auch die Versorgungssicherheit sind und bleiben zentrale Aufgabengebiete der Energiepolitik. An diesen wesentlichen Pfeilern muss mit allen verfügbaren Ressourcen gearbeitet werden.

Mag. Jürgen Streitner

Leiter der Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik in der WKÖ